



Protokoll 160. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 12. November 2025, 17.00 Uhr bis 19.26 Uhr, im Rathaus Hard
in Zürich-Aussersihl

Vorsitz: Präsident Christian Huser (FDP)

Beschlussprotokoll: Sekretariat Angelica Eichenberger (SP)

Anwesend: 122 Mitglieder

Abwesend: Selina Frey (GLP), Stefan Reusser (EVP), Derek Richter (SVP)

Der Rat behandelt aus der vom Präsidenten erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

- | | | | |
|----|--------------|--|-----|
| 1. | Mitteilungen | | |
| 2. | 2025/495 * | Weisung vom 29.10.2025: Kultur, Förderung Filmkultur, Fördermassnahmen für Kino- betriebe und Filmfestivals wiederkehrender Rahmenkredit 2027–2032, Abschreibung des Postulats GR Nr. 2022/624 | STP |
| 3. | 2025/496 * | Weisung vom 29.10.2025: Liegenschaften Stadt Zürich, Stiftung Einfach Wohnen, Altwiesen-/Dübendorfstrasse, Abgabe im Baurecht | FV |
| 4. | 2025/497 * | Weisung vom 29.10.2025: Grün Stadt Zürich, Immobilien Stadt Zürich, Josefswiese, Instand- setzung Gebäude, Neubau Technikräume und Wasseraufberei- tungsanlage, Erneuerung Becken, neue einmalige Ausgaben, Abschreibung eines Postulats | VTE |
| 5. | 2025/485 * | Postulat von Reto Brüesch (SVP) und Jean-Marc Jung (SVP) vom 22.10.2025: Überarbeitung der Richtlinie 65 für die Anrechnung von Land beim Wohnungsbau auf städtischen Grundstücken | FV |
| 6. | 2025/500 * | Postulat der Grüne-Fraktion vom 29.10.2025: Unterstützung der nationalen Strategie zum Myalgische Enzephalomyelitis/Chronische-Fatigue-Syndrom | VGU |
| 7. | 2025/501 * | Postulat von Marco Denoth (SP), Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne), Nicolas Cavalli (GLP) und 58 Mitunterzeichnenden vom 29.10.2025: Verbesserung und Sicherstellung der Gesundheitsversorgung für trans Personen | VGU |

| | | | | |
|------|----------|-----|--|-----|
| 8. | 2025/504 | * | Postulat von Liv Mahrer (SP), Anjushka Früh (SP) und Sophie Blaser (AL) vom 29.10.2025: Weiterführende Unterstützung der Interessengemeinschaft Zürcher Sport-Ferienlager (IGFZ), um Kindern und Jugendlichen aus ärmeren Familienverhältnissen eine Teilnahme zu ermöglichen | VSS |
| 9. | 2025/505 | * | Postulat von Martin Busekros (Grüne), Yves Henz (Grüne) und Selina Walgis (Grüne) vom 29.10.2025: Flussbad Unterer Letten, ganzjährige Zugänglichkeit für die Bevölkerung als Grün- und Erholungsraum | VSS |
| 10. | 2025/506 | * | Postulat von Yves Henz (Grüne) und Martin Busekros (Grüne) vom 29.10.2025: Flussbad Oberer Letten, ganzjährige Zugänglichkeit für die Bevölkerung als Erholungsraum und Winterbadeort | VSS |
| 11. | 2025/507 | * | Postulat von Urs Riklin (Grüne) und Selina Walgis (Grüne) vom 29.10.2025: Anpassung der Kriterien zur Berechtigung einer Ermässigung der Teilnahmegebühren für das Ferienlager Fiesch | VSS |
| 12. | 2025/508 | * | Postulat von Christian Häberli (AL) und Tanja Maag (AL) vom 29.10.2025: Verkauf der Energie 360°, Angebot von kommunalen Infrastrukturen an die jeweiligen Gemeinden zum Kauf | VIB |
| 13. | 2024/416 | ! | Parlamentarische Initiative der SP-, Grüne- und AL-Fraktion vom 04.09.2024: Änderung der Verordnung über die familienergänzende Kinderbetreuung in der Stadt Zürich vom 12. März 2008 (VO KB; AS 410.130), Erhöhung des Grenzbetrags, Entkoppelung des Vorschulbereichs und des Schulbereichs sowie Einführung einer Progression für den individuellen Beitragsfaktor | |
| 14. | 2025/367 | | Weisung vom 03.09.2025: Finanzverwaltung, Nachtragskredite II. Serie 2025 | STR |
| 14a. | 2025/508 | E/A | Postulat von Christian Häberli (AL) und Tanja Maag (AL) vom 29.10.2025: Verkauf der Energie 360°, Angebot von kommunalen Infrastrukturen an die jeweiligen Gemeinden zum Kauf | VIB |
| 15. | 2025/445 | ! | Weisung vom 01.10.2025: Finanzverwaltung, Tertialbericht II/2025 der Organisationseinheiten mit Globalbudget | STR |
| 16. | 2025/336 | | Weisung vom 20.08.2025: Sozialdepartement, Verein Pinocchio, Pinocchio – Beratungsstelle für Eltern und Kinder, Beiträge 2026–2029 | VS |

| | | | |
|-----|----------|---|----|
| 17. | 2025/332 | Weisung vom 20.08.2025: Human Resources Management, Einführung CMplus, neue wiederkehrende Ausgaben | FV |
| | | * Keine materielle Behandlung ! Behandlung in reduzierter Debatte | |

Mitteilungen

Die Mitteilungen des Ratspräsidenten werden zur Kenntnis genommen.

Der Ratspräsident Christian Huser (FDP) gibt bekannt, dass TOP 24, GR Nr. 2024/526, «Postulat von Urs Riklin (Grüne) und Sibylle Kauer (Grüne) vom 20.11.2024: Optimierung der Verkehrsführung für Zufussgehende und Velofahrende bei der Liegenschaft Sihlstrasse 71 (Hallenbad City) und klimaökologische Aufwertung der versiegelten Brachefläche» und TOP 26, GR Nr. 2025/35, «Motion von Jehuda Spielman (FDP) und Sandra Gallizzi (EVP) vom 29.01.2025: Entwicklung eines neuen Leitbilds und einer Strategie für die öffentlichen Spielplätze sowie Berichterstattung» zurückgezogen wurden.

Der Ratspräsident Christian Huser (FDP) gibt bekannt, dass beim Vorliegen eines Ablehnungs- oder Textänderungsantrags zu TOP 12, GR Nr. 2025/508, «Postulat von Christian Häberli (AL) und Tanja Maag (AL) vom 29.10.2025: Verkauf der Energie 360°, Angebot von kommunalen Infrastrukturen an die jeweiligen Gemeinden zum Kauf» das Geschäft als TOP 14a materiell behandelt wird.

An der nachfolgenden Fraktionserklärung werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

5371. 2025/526

**Erklärung der Grüne-Fraktion vom 12.11.2025:
Beginn der 30. Klimakonferenz in Brasilien und Massnahmen zur Begrenzung der globalen Erwärmung**

Namens der Grüne-Fraktion verliest Dr. Roland Hohmann (Grüne) folgende Fraktionserklärung:

Netto-Null, aber Subito!

Letzten Montag hat die 30. Klimakonferenz begonnen. In Brasilien ringt die Staatengemeinschaft während zwei Wochen darum, das Klimaziel des Übereinkommens von Paris am Leben zu erhalten und Wege zu finden, die globale Erwärmung deutlich unter 2 Grad, wenn möglich bei 1.5 Grad, zu begrenzen.

Das ist ein schwieriges Unterfangen in Zeiten, in denen wir unsere Sicherheit von Kriegen und nicht mehr vom Klimawandel bedroht sehen, in denen die mächtigen alten Männer in Amerika und Russland den Verkauf fossiler Energien ankurbeln, statt den Ausstieg voranzutreiben, und viele die Ressourcenverschwendungen als ihr Recht betrachten und den Klimaschutz als zu teuer ablehnen.

Tatsächlich bewegt sich die Welt aktuell weit weg vom 1.5 Grad Zielkurs und steuert auf eine Erwärmung von 3 Grad zu. Diese Entwicklung ist beängstigend. Nicht nur für die Entwicklungsländer im globalen Süden (für sie vor allem), sondern auch für die Industriestaaten im Norden, für Europa, für die Schweiz, für Zürich.

Die Klimaszenarien Klima CH2025, die letzte Woche an der ETH Zürich präsentiert wurden, übersetzen die globale Erwärmung um 3 Grad auf die Schweiz:

- In einer +3 Grad Welt werden die Temperaturen hierzulande um weitere 2.9 Grad ansteigen. Die Erwärmung gegenüber der vorindustriellen Zeit wird dann rund 5 Grad betragen.
- Hitzeextreme werden häufiger und intensiver. Die wärmste Nacht im Jahr wird 3.8 Grad heißer sein als heute und die Anzahl Hitzetage in Zürich bei der Kaserne wird sich verdrei- bis -vervierfachen und auf ungefähr 40 pro Jahr ansteigen. Das ist ein sehr grosses Risiko für die Gesundheit der Bevölkerung, wenn man bedenkt, dass schon heute jede Hitzewelle zahlreiche Todesopfer fordert und es immer mehr alte Menschen gibt.
- Auch Trockenperioden im Sommer werden häufiger und viel intensiver. Das führt zu Einbussen in der Landwirtschaft, erhöht die Waldbrandgefahr und beeinträchtigt die Biodiversität. Zudem kann Trockenheit das Auftreten von Hitzewellen verstärken und verlängern.
- Die Häufigkeit extremer Starkniederschlagsereignisse wird sich verdoppeln und ihre Intensität wird um rund 10 Prozent zunehmen. Damit steigt das Risiko von Hochwasser und Oberflächenabfluss, Ereignisse die schon heute immense Schäden verursachen.
- Im Winter wird die Schneefallgrenze um über 500 m ansteigen, mit massiven Auswirkungen auf den Wasserhaushalt und das Hochwasserrisiko. Mit dem Anstieg der Nullgradgrenze steigt auch das Risiko von Felsstürzen und Hangrutschungen.

Für uns Grüne sind diese Befunde alarmierend. Was als globale Erwärmung begonnen hat, entwickelt sich immer schneller zur globalen Überhitzung. Und es braucht jetzt dringend Massnahmen auf allen Ebenen, damit die Klimakrise nicht zur Klimakatastrophe wird.

Wir Grünen fordern mehr Einsatz für den Klimaschutz. Wir fordern

- einen beschleunigten Ausbau der erneuerbaren Energien,
- einen konsequenten Ausstieg aus den fossilen Energien,
- endlich griffige Massnahmen zur Senkung der Emissionen aus dem Verkehr im Sinne von mehr zu Fuss, mehr Velo und mehr ÖV,
- Anreize für neue Technologien zur Senkung der Emissionen im Hoch und Tiefbau.

Es ist nicht zielführend, zu jammern, dass Klimaschutz zu teuer ist, und sich in die Ausrede zu flüchten, dass wir zu klein sind, um etwas zu bewirken.

Es ist auch nicht zielführend, sich wiederholt damit zu brüsten, man hätte Netto-Null 2040 erfunden, und gleichzeitig Massnahmen zur Reduktion der Emissionen – sei es durch Innovation, Verlagerung oder Einschränkungen – wiederholt abzulehnen.

Wir müssen den Graben zwischen fundiertem Wissen und politischer Ignoranz endlich überwinden.

Wir Grünen fordern: Netto-null in Zürich, aber subito!

G e s c h ä f t e

5372. 2025/495

Weisung vom 29.10.2025:

Kultur, Förderung Filmkultur, Fördermassnahmen für Kinobetriebe und Filmfestivals wiederkehrender Rahmenkredit 2027–2032, Abschreibung des Postulats GR Nr. 2022/624

Zuweisung an die SK PRD/SSD gemäss Beschluss der Geschäftsleitung vom 10. November 2025

5373. 2025/496**Weisung vom 29.10.2025:****Liegenschaften Stadt Zürich, Stiftung Einfach Wohnen, Altwiesen-/Dübendorfstrasse, Abgabe im Baurecht**

Zuweisung an die SK FD gemäss Beschluss der Geschäftsleitung vom 10. November 2025

5374. 2025/497**Weisung vom 29.10.2025:****Grün Stadt Zürich, Immobilien Stadt Zürich, Josefweise, Instandsetzung Gebäude, Neubau Technikräume und Wasseraufbereitungsanlage, Erneuerung Becken, neue einmalige Ausgaben, Abschreibung eines Postulats**

Zuweisung an die SK TED/DIB gemäss Beschluss der Geschäftsleitung vom 10. November 2025

5375. 2025/485**Postulat von Reto Brüesch (SVP) und Jean-Marc Jung (SVP) vom 22.10.2025:
Überarbeitung der Richtlinie 65 für die Anrechnung von Land beim Wohnungsbau auf städtischen Grundstücken**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Anjushka Früh (SP) stellt namens der SP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

5376. 2025/500**Postulat der Grüne-Fraktion vom 29.10.2025:****Unterstützung der nationalen Strategie zum Myalgische Enzephalomyelitis/Chronische-Fatigue-Syndrom**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartments namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Deborah Wettstein (FDP) stellt namens der FDP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

5377. 2025/501

**Postulat von Marco Denoth (SP), Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne), Nicolas Cavalli (GLP) und 58 Mitunterzeichnenden vom 29.10.2025:
Verbesserung und Sicherstellung der Gesundheitsversorgung für trans Personen**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Thomas Hofstetter (FDP) stellt namens der FDP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

5378. 2025/504

**Postulat von Liv Mahrer (SP), Anjushka Früh (SP) und Sophie Blaser (AL) vom 29.10.2025:
Weiterführende Unterstützung der Interessengemeinschaft Zürcher Sport-Ferienlager (IGFZ), um Kindern und Jugendlichen aus ärmeren Familienverhältnissen eine Teilnahme zu ermöglichen**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Roger Bartholdi (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

5379. 2025/505

**Postulat von Martin Busekros (Grüne), Yves Henz (Grüne) und Selina Walgis (Grüne) vom 29.10.2025:
Flussbad Unterer Letten, ganzjährige Zugänglichkeit für die Bevölkerung als Grün- und Erholungsraum**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Roger Bartholdi (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion einen Textänderungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

5380. 2025/506

**Postulat von Yves Henz (Grüne) und Martin Busekros (Grüne) vom 29.10.2025:
Flussbad Oberer Letten, ganzjährige Zugänglichkeit für die Bevölkerung als Erholungsraum und Winterbadeort**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Markus Merki (GLP) stellt namens der GLP-Fraktion einen Textänderungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

5381. 2025/507

**Postulat von Urs Riklin (Grüne) und Selina Walgis (Grüne) vom 29.10.2025:
Anpassung der Kriterien zur Berechtigung einer Ermässigung der Teilnahme-
gebühren für das Ferienlager Fiesch**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Roger Bartholdi (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

5382. 2025/508

**Postulat von Christian Häberli (AL) und Tanja Maag (AL) vom 29.10.2025:
Verkauf der Energie 360°, Angebot von kommunalen Infrastrukturen an die
jeweiligen Gemeinden zum Kauf**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Roger Bartholdi (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt und wird unter Top 14a materiell behandelt.

Mitteilung an den Stadtrat

5383. 2024/416

**Parlamentarische Initiative der SP-, Grüne- und AL-Fraktion vom 04.09.2024:
Änderung der Verordnung über die familienergänzende Kinderbetreuung in der
Stadt Zürich vom 12. März 2008 (VO KB; AS 410.130), Erhöhung des Grenzbetrags,
Entkoppelung des Vorschulbereichs und des Schulbereichs sowie Einführung
einer Progression für den individuellen Beitragsfaktor**

Redaktionslesung

Die Redaktionskommission (RedK) beantragt einstimmig Zustimmung zur redaktionellen Bereinigung des Gemeinderatsbeschlusses 5265 vom 22. Oktober 2025:

Zustimmung: Referat: Matthias Renggli (SP), Präsidium; Moritz Bögli (AL), Dr. Bernhard im Oberdorf (Parteilos), Simon Kälin-Werth (Grüne), Frank-Elmar Linxweiler (GLP), Roger Meier (FDP), Marcel Tobler (SP), Karin Weyermann (Die Mitte)

Das Präsidium der Redaktionskommission begründet die Anträge der Redaktionskommission.

Es werden keine Anträge aus dem Rat gestellt.

Der Rat stimmt dem bereinigten Antrag der RedK stillschweigend zu.

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der SK SD beantragt dem Gemeinderat:

Der Parlamentarischen Initiative GR Nr. 2024/416 der SP-, Grüne- und AL-Fraktion vom 4. September 2024 (mit Änderungen gemäss Antrag der RedK vom 31. Oktober 2025) wird wie folgt zugestimmt:

Die Verordnung über die familienergänzende Kinderbetreuung in der Stadt Zürich vom 12. März 2008 (VO KB, AS 410.130) wird wie folgt geändert:

| | |
|--|--|
| Subjektsubventionen | Art. 8 Abs. 1 unverändert. 2 Eltern, deren massgebender Betrag gemäss Art. 11 Ziff. 3 den Grenzbetrag von Fr. 125 000.– im Vorschulbereich oder Fr. 100 000.– im Schulbereich erreicht oder übersteigt, bezahlen in städtischen Einrichtungen den Maximaltarif und erhalten in privaten Einrichtungen keine städtischen Beiträge an die Betreuungskosten. |
| Subjektsubventionen im Vorschulbereich | Art. 8 ^{ter} Abs. 1–4 unverändert. 5 Für die Betreuung eines Kindes mit besonderen Bedürfnissen können Eltern, deren massgebender Betrag gemäss Art. 11 Ziff. 3 den Grenzbetrag von Fr. 125 000.– erreicht oder übersteigt, die Bezahlung des Maximaltarifs anstelle des frei festgelegten Tarifs der Einrichtung beantragen. |
| Minimal- und Maximaltarif a. Grundsatz | Art. 10 ¹ Für jedes Angebot mit Subjektsubventionen werden Minimal- und Maximaltarife pro Angebotstyp und Leistungseinheit auf der Basis der Normkosten ermittelt. Abs. 2–5 unverändert. Abs. 6 wird aufgehoben. |
| b. Höhe | Art. 10 ^{bis} ¹ Im Vorschulbereich gilt für einen ganzen Betreuungstag: a. ein Minimaltarif von Fr. 3.–; b. ein Maximaltarif von Fr. 130.–. 2 Weitere Abstufungen für den Vorschulbereich werden in Anhang 2 festgelegt. 3 Für den Schulbereich werden die Minimal- und Maximaltarife sowie die Bestimmungen zu den Einheitstarifen in Anhang 3 festgelegt. |
| Berechnungsgrundlagen | Art. 11 Ziffern 1–3 unverändert. 4. Individueller Beitragsfaktor Aus dem massgebenden Betrag wird der individuelle Beitragsfaktor errechnet. Formeln: Individueller Beitragsfaktor im Vorschulbereich = (Massgebender Betrag dividiert durch Grenzbetrag gemäss Art. 8 Abs. 2) hoch 1,7 Individueller Beitragsfaktor im Schulbereich = Massgebender Betrag dividiert durch Grenzbetrag gemäss Art. 8 Abs. 2 |

Die Minderheit der SK SD beantragt dem Gemeinderat:

Die Parlamentarische Initiative GR Nr. 2024/416 der SP-, Grüne- und AL-Fraktion vom 4. September 2024 wird abgelehnt.

| | |
|-------------------------|---|
| Mehrheit: | Referat: Marcel Tobler (SP); Ruedi Schneider (SP), Vizepräsidium; Moritz Bögli (AL), Fanny de Weck (SP), Roger Föhn (EVP), Julia Hofstetter (Grüne), Hannah Locher (SP), Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne) i. V. von Selina Walgis (Grüne), Ronny Siev (GLP) |
| Minderheit: Abwesend | Referat: Marita Verbali (FDP); Samuel Balsiger (SVP), Michele Romagnolo (SVP) Patrik Brunner (FDP), Präsidium |

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 83 gegen 34 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist beschlossen:

Die Verordnung über die familienergänzende Kinderbetreuung in der Stadt Zürich vom 12. März 2008 (VO KB, AS 410.130) wird wie folgt geändert:

| | |
|--|--|
| Subjektsubventionen | Art. 8 Abs. 1 unverändert. ² Eltern, deren massgebender Betrag gemäss Art. 11 Ziff. 3 den Grenzbetrag von Fr. 125 000.– im Vorschulbereich oder Fr. 100 000.– im Schulbereich erreicht oder übersteigt, bezahlen in städtischen Einrichtungen den Maximaltarif und erhalten in privaten Einrichtungen keine städtischen Beiträge an die Betreuungskosten. |
| Subjektsubventionen im Vorschulbereich | Art. 8 ^{ter} Abs. 1–4 unverändert. ⁵ Für die Betreuung eines Kindes mit besonderen Bedürfnissen können Eltern, deren massgebender Betrag gemäss Art. 11 Ziff. 3 den Grenzbetrag von Fr. 125 000.– erreicht oder übersteigt, die Bezahlung des Maximaltarifs anstelle des frei festgelegten Tarifs der Einrichtung beantragen. |
| Minimal- und Maximaltarif a. Grundsatz | Art. 10 ¹ Für jedes Angebot mit Subjektsubventionen werden Minimal- und Maximaltarife pro Angebotstyp und Leistungseinheit auf der Basis der Normkosten ermittelt. Abs. 2–5 unverändert. Abs. 6 wird aufgehoben. |
| b. Höhe | Art. 10 ^{bis 1} Im Vorschulbereich gilt für einen ganzen Betreuungstag: a. ein Minimaltarif von Fr. 3.–; b. ein Maximaltarif von Fr. 130.–. ² Weitere Abstufungen für den Vorschulbereich werden in Anhang 2 festgelegt. ³ Für den Schulbereich werden die Minimal- und Maximaltarife sowie die Bestimmungen zu den Einheitstarifen in Anhang 3 festgelegt. |
| Berechnungsgrundlagen | Art. 11 Ziffern 1–3 unverändert. 4. Individueller Beitragsfaktor Aus dem massgebenden Betrag wird der individuelle Beitragsfaktor errechnet. Formeln: Individueller Beitragsfaktor im Vorschulbereich = (Massgebender Betrag dividiert durch Grenzbetrag gemäss Art. 8 Abs. 2) hoch 1,7 Individueller Beitragsfaktor im Schulbereich = Massgebender Betrag dividiert durch Grenzbetrag gemäss Art. 8 Abs. 2 |

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 19. November 2025 gemäss Art. 36 und 38 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist 19. Januar 2026)

5384. 2025/367**Weisung vom 03.09.2025:****Finanzverwaltung, Nachtragskredite II. Serie 2025**

Antrag des Stadtrats

Unter Ausschluss des Referendums und mit qualifiziertem Mehr gemäss Ausgabenbremse:

1. Im Budget 2025 werden gemäss der vorstehenden detaillierten Aufstellung als II. Serie zusammenfassend folgende ordentlichen Nachtragskredite bewilligt:

| Ordentliche Nachtragskredite | Betrag |
|--|---------------|
| Erfolgsrechnung | 12 773 100 |
| Investitionsrechnung Verwaltungsvermögen | 3 307 000 |
| Total | 16 080 100 |

Unter Ausschluss des Referendums:

2. Im Budget 2025 werden gemäss der vorstehenden detaillierten Aufstellung als II. Serie zusammenfassend folgende ordentlichen Kreditübertragungen bewilligt:

| Ordentliche Kreditübertragungen | Betrag |
|--|--------------------------|
| Erfolgsrechnung | +2 938 500 -3 118 500 |
| Investitionsrechnung Verwaltungsvermögen | +180 000 -0 |
| Total | 0 |

Unter Ausschluss des Referendums:

3. Im Budget 2025 werden gemäss der vorstehenden detaillierten Aufstellung als II. Serie zusammenfassend folgende dringlichen Nachtragskredite genehmigt:

| Dringliche Nachtragskredite | Betrag |
|------------------------------------|---------------|
| Erfolgsrechnung | 1 045 000 |
| Investitionsrechnung | 0 |
| Total | 1 045 000 |

Eintretensdebatte:

Namens der Rechnungsprüfungskommission (RPK) stellt Sven Sobernheim (GLP), Präsidium die Weisung zu den Nachtragskrediten II. Serie 2025 vor.

Eintreten ist unbestritten.

Die RPK beantragt, die Nachtragskredite II. Serie 2025 des Stadtrats unter Berücksichtigung der folgenden Änderungen (Anträge der RPK) zu genehmigen:

2. Ordentliche Nachtragskredite

| S. 2 | 10 1060 3010 00 201 | BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG Gesamtverwaltung Sammelkredit Abfindungen | Verbesserung | Verschlechterung | Betrag | Stimmen |
|------|---------------------------|---|--------------|------------------|---------|---------|
| 001. | Antrag Stadtrat | | | | 591 200 | |

| | | | |
|---------|---------|------------|--|
| 100 000 | 491 200 | Zustimmung | Vizepräsidium Martin Bürki (FDP) Referat, Präsidium Sven Söbernheim (GLP), Pérparim Avdili (FDP), Dr. Florian Blättler (SP), Lara Can (SP), Markus Haselbach (Die Mitte), Leah Heuri (SP), Tanja Maag (AL), Felix Moser (Grüne), Florian Utz (SP), Johann Widmer (SVP) |
|---------|---------|------------|--|

Begründung: Gemäss den Antworten des Stadtrats werden Fr. 100 000 nicht benötigt – der vorgesehene Betrag kann daher reduziert werden.

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK stillschweigend zu.

4. Dringliche Nachtragskredite

| S. 9 | 45 4500 3132 00 000 | DEPARTEMENT DER INDUSTRIELLEN BETRIEBE Departement der Industriellen Betriebe Departementssekretariat Honorare externe Beratungen, Gutachten, Fachexpertisen usw. | Verbesserung | Verschlechterung | Betrag | Stimmen |
|------|---------------------------|---|--------------|------------------|---------|---|
| | 002. | Antrag Stadtrat | | | 978 000 | Minderheit |
| | | | | | 978 000 | Präsidium Sven Söbernheim (GLP) Referat, Vizepräsidium Martin Bürki (FDP), Pérparim Avdili (FDP), Markus Haselbach (Die Mitte), Johann Widmer (SVP) |
| | | | | | 0 | Mehrheit |
| | | | | | 0 | Felix Moser (Grüne) Referat, Dr. Florian Blättler (SP), Lara Can (SP), Leah Heuri (SP), Tanja Maag (AL), Florian Utz (SP) |

Begründung: Verzicht auf den Verkauf von Energie 360° – die städtische Infrastruktur und Energieversorgung sollen in der Kontrolle der Stadt bleiben.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe Stellung.

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 75 gegen 44 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die bereinigte Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zur bereinigten Dispositivziffer 1.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung der bereinigten Dispositivziffer 1.

Mehrheit: Referat: Sven Söbernheim (GLP), Präsidium; Martin Bürki (FDP), Vizepräsidium; Pérparim Avdili (FDP), Dr. Florian Blättler (SP), Lara Can (SP), Markus Haselbach (Die Mitte), Leah Heuri (SP), Tanja Maag (AL), Felix Moser (Grüne), Florian Utz (SP)
Minderheit: Referat: Johann Widmer (SVP)

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 108 gegen 11 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 2

Die RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 2.

Zustimmung: Referat: Sven Sovernheim (GLP), Präsidium; Martin Bürki (FDP), Vizepräsidium; Pärparim Avdili (FDP), Dr. Florian Blättler (SP), Lara Can (SP), Markus Haselbach (Die Mitte), Leah Heuri (SP), Tanja Maag (AL), Felix Moser (Grüne), Florian Utz (SP), Johann Widmer (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 119 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die bereinigte Dispositivziffer 3

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zur bereinigten Dispositivziffer 3.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung der bereinigten Dispositivziffer 3.

Mehrheit: Referat: Sven Sovernheim (GLP), Präsidium; Martin Bürki (FDP), Vizepräsidium; Pärparim Avdili (FDP), Dr. Florian Blättler (SP), Lara Can (SP), Markus Haselbach (Die Mitte), Leah Heuri (SP), Tanja Maag (AL), Felix Moser (Grüne), Florian Utz (SP)
Minderheit: Referat: Johann Widmer (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 107 gegen 11 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist beschlossen:

1. Im Budget 2025 werden gemäss der vorstehenden detaillierten Aufstellung als II. Serie zusammenfassend folgende ordentlichen Nachtragskredite bewilligt:

| Ordentliche Nachtragskredite | Betrag |
|--|---------------|
| Erfolgsrechnung | 12 673 100 |
| Investitionsrechnung Verwaltungsvermögen | 3 307 000 |
| Total | 15 980 100 |

Unter Ausschluss des Referendums:

2. Im Budget 2025 werden gemäss der vorstehenden detaillierten Aufstellung als II. Serie zusammenfassend folgende ordentlichen Kreditübertragungen bewilligt:

| Ordentliche Kreditübertragungen | Betrag |
|--|--------------------------|
| Erfolgsrechnung | +2 938 500 -3 118 500 |
| Investitionsrechnung Verwaltungsvermögen | +180 000 -0 |
| Total | 0 |

Unter Ausschluss des Referendums:

3. Im Budget 2025 werden gemäss der vorstehenden detaillierten Aufstellung als II. Serie zusammenfassend folgende dringlichen Nachtragskredite genehmigt:

| Dringliche Nachtragskredite | Betrag |
|------------------------------------|---------------|
| Erfolgsrechnung | 67 000 |
| Investitionsrechnung | 0 |
| Total | 67 000 |

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 19. November 2025 gemäss Art. 37 der Gemeindeordnung

5385. 2025/508

**Postulat von Christian Häberli (AL) und Tanja Maag (AL) vom 29.10.2025:
Verkauf der Energie 360°, Angebot von kommunalen Infrastrukturen an die
jeweiligen Gemeinden zum Kauf**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Christian Häberli (AL) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 5332/2025).

Johann Widmer (SVP) begründet den von Roger Bartholdi (SVP) namens der SVP-Fraktion am 12. November 2025 gestellten Ablehnungsantrag.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe Stellung.

Das Postulat wird mit 8 gegen 92 Stimmen (bei 18 Enthaltungen) abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

5386. 2025/445

**Weisung vom 01.10.2025:
Finanzverwaltung, Tertialbericht II/2025 der Organisationseinheiten mit
Globalbudget**

Antrag des Stadtrats

Unter Ausschluss des Referendums:

Die Tertialberichte II/2025 der Organisationseinheiten mit Globalbudgets werden zur Kenntnis genommen (Beilage Tertialbericht II/2025).

Referat zur Vorstellung der Weisung: Sven Sobernheim (GLP), Präsidium

Schlussabstimmung

Die RPK beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Zustimmung: Referat: Sven Sobernheim (GLP), Präsidium; Martin Bürki (FDP), Vizepräsidium; Pérparim Avdili (FDP), Dr. Florian Blättler (SP), Lara Can (SP), Markus Haselbach (Die Mitte), Leah Heuri (SP), Tanja Maag (AL), Felix Moser (Grüne), Florian Utz (SP), Johann Widmer (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 110 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Unter Ausschluss des Referendums:

Die Tertialberichte II/2025 der Organisationseinheiten mit Globalbudgets werden zur Kenntnis genommen (Beilage Tertialbericht II/2025).

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 19. November 2025 gemäss Art. 37 der Gemeindeordnung

5387. 2025/336

Weisung vom 20.08.2025:

Sozialdepartement, Verein Pinocchio, Pinocchio – Beratungsstelle für Eltern und Kinder, Beiträge 2026–2029

Antrag des Stadtrats

1. Für das Angebot Pinocchio – Beratungsstelle für Eltern und Kinder wird dem Verein Pinocchio für die Jahre 2026–2029 ein wiederkehrender Beitrag von jährlich Fr. 640 300.– bewilligt.
2. Der Beitrag von Fr. 640 300.– wird jährlich per 1. Januar an die Teuerung angepasst. Massgebend ist der prozentuale Wert des Teuerungsausgleichs, den die Stadt Zürich ihrem Personal im Vorjahr gewährt hat.

Referat zur Vorstellung der Weisung: Hannah Locher (SP)

Änderungsantrag zu den Dispositivziffern 1–2

Die Mehrheit der SK SD beantragt folgende Änderung der Dispositivziffern 1–2:

1. Für das Angebot Pinocchio – Beratungsstelle für Eltern und Kinder wird dem Verein Pinocchio für die Jahre 2026–2029 ein wiederkehrender Beitrag von jährlich Fr. 640 300.–Fr. 810 300.– bewilligt.
2. Der Beitrag von Fr. 640 300.–Fr. 810 300.– wird jährlich per 1. Januar an die Teuerung angepasst. Massgebend ist der prozentuale Wert des Teuerungsausgleichs, den die Stadt Zürich ihrem Personal im Vorjahr gewährt hat.

Die Minderheit der SK SD beantragt Ablehnung des Änderungsantrags.

Mehrheit: Referat: Hannah Locher (SP); Patrik Brunner (FDP), Präsidium; Ruedi Schneider (SP), Vizepräsidium; Moritz Bögli (AL), Fanny de Weck (SP), Marcel Tobler (SP), Marita Verballi (FDP), Selina Walgis (Grüne)

Minderheit: Referat: Michele Romagnolo (SVP); Samuel Balsiger (SVP), Roger Föhn (EVP), Ronny Siev (GLP)

Abwesend: Julia Hofstetter (Grüne)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 93 gegen 26 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die bereinigten Dispositivziffern 1–2

Die Mehrheit der SK SD beantragt Zustimmung zu den bereinigten Dispositivziffern 1–2.

Die Minderheit der SK SD beantragt Ablehnung der bereinigten Dispositivziffern 1–2.

| | |
|-------------|---|
| Mehrheit: | Referat: Hannah Locher (SP); Patrik Brunner (FDP), Präsidium; Ruedi Schneider (SP), Vizepräsidium; Moritz Bögli (AL), Fanny de Weck (SP), Marcel Tobler (SP), Marita Verbali (FDP), Selina Walgis (Grüne) |
| Minderheit: | Referat: Michele Romagnolo (SVP); Samuel Balsiger (SVP), Roger Föhn (EVP) |
| Enthaltung: | Ronny Siev (GLP) |
| Abwesend: | Julia Hofstetter (Grüne) |

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 93 gegen 12 Stimmen (bei 14 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Damit ist beschlossen:

1. Für das Angebot Pinocchio – Beratungsstelle für Eltern und Kinder wird dem Verein Pinocchio für die Jahre 2026–2029 ein wiederkehrender Beitrag von jährlich Fr. 810 300.– bewilligt.
2. Der Beitrag von Fr. 810 300.– wird jährlich per 1. Januar an die Teuerung angepasst. Massgebend ist der prozentuale Wert des Teuerungsausgleichs, den die Stadt Zürich ihrem Personal im Vorjahr gewährt hat.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 19. November 2025 gemäss Art. 36 und 38 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 19. Januar 2026)

5388. 2025/332

Weisung vom 20.08.2025:

Human Resources Management, Einführung CMplus, neue wiederkehrende Ausgaben

Antrag des Stadtrats

Für CMplus werden neue wiederkehrende Ausgaben von jährlich Fr. 600 000.– bewilligt.

Referat zur Vorstellung der Weisung: Dr. Jonas Keller (SP)

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

Die Sitzung wird beendet (Fortsetzung der Beratung siehe Sitzung Nr. 161, Beschluss-Nr. 5388/2025).

E i n g ä n g e

An den nachfolgenden Texten werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

5389. 2025/527

Einzelinitiative von Vera Çelik vom 31.10.2025: Städtische Tierarztpraxen mit Sozialtarif

Von Vera Çelik, Schaffhauserstrasse 595, 8052 Zürich, ist am 31. Oktober 2025 folgende Einzelinitiative eingereicht worden:

Die Stadt Zürich soll eine städtische Tierarztpraxis schaffen, die allen Menschen unabhängig vom Einkommen offensteht. Die Praxis soll vor allem für Personen mit wenig finanziellen Mitteln bezahlbare oder kostenlose Behandlungen ermöglichen, damit niemand sein Tier aus finanziellen Gründen leiden lassen oder abgeben muss.

Die Stadt kann dafür entweder nach dem Konzept der Schulzahnkliniken der Stadt Zürich eine eigene Praxis aufbauen oder mit bestehenden Tierärzt*innen und Organisationen zusammenarbeiten.

Ziel ist es, dass alle Tierhalter*innen, insbesondere solche mit KulturLegi, Ergänzungsleistungen, Sozialhilfe oder tiefem Einkommen, Zugang zu einer guten medizinischen Versorgung ihrer Tiere haben. Das Angebot soll wie bei den städtischen Schulzahnkliniken einfach zugänglich, transparent und sozial gestaltet sein.

Behandelt werden sollen unter anderem:

- Grundversorgungen, Impfungen und Notfallbehandlungen
- Kastrationen und Sterilisationen zur Vermeidung von Tierleid
- Beratung zur Pflege, Ernährung und Gesundheit von Tieren

Der Stadtrat wird beauftragt, ein entsprechendes Konzept auszuarbeiten und die Finanzierung sicherzustellen, sodass die Praxis langfristig bestehen kann und für alle zugänglich bleibt.

Begründung:

Viele Menschen in Zürich leben mit Haustieren, die für sie ein wichtiger Teil des Alltags und der Familie sind. Gerade Menschen mit geringem Einkommen, Alleinerziehende, Rentner*innen oder Jugendliche können sich die hohen Tierarztkosten oft nicht leisten. Das führt dazu, dass Tiere nicht behandelt werden, leiden oder sogar abgegeben werden müssen.

Zürich hat mit den Schulzahnkliniken gezeigt, dass faire und solidarische Gesundheitsangebote möglich sind. Eine städtische Tierarztpraxis würde diesen Gedanken weitertragen, und zwar für Mensch und Tier gleichermaßen. Sie würde Tierleid verhindern, psychische Belastung verringern und Zürich als sozial gerechte, tierfreundliche und verantwortungsvolle Stadt stärken.

Mitteilung an den Stadtrat

5390. 2025/528

Einzelinitiative von Vera Çelik vom 31.10.2025: Ombudsstelle für Lernende der Stadt Zürich bei Mobbing und Diskriminierung

Von Vera Çelik, Schaffhauserstrasse 595, 8052 Zürich, ist am 31. Oktober 2025 folgende Einzelinitiative eingereicht worden:

Die Stadt Zürich soll eine unabhängige Ombudsstelle für ihre Lernenden schaffen.

Diese Stelle soll eine vertrauliche und neutrale Anlaufstelle sein, an die sich Lernende wenden können, wenn sie in ihrem Arbeitsumfeld Unterstützung brauchen. Das kann etwa bei Mobbing, Diskriminierung, Überforderung oder Konflikten mit Vorgesetzten der Fall sein.

Die Ombudsstelle soll:

- Vertraulich, unabhängig und neutral arbeiten.
- Lernende individuell beraten und bei Bedarf zwischen den beteiligten Personen vermitteln.

- Bei schwerwiegenden Fällen geeignete Schutz- oder Entlastungsmassnahmen anregen.
- Den Betrieben bei der Lösung von Konflikten unterstützend zur Seite stehen.
- Der Stadt regelmässig Rückmeldungen geben, wo strukturelle Verbesserungen im Umgang mit Lernenden notwendig sind.

Der Stadtrat wird beauftragt, ein Konzept für die Schaffung dieser Ombudsstelle zu erarbeiten. Dabei soll sichergestellt werden, dass die Stelle personell unabhängig ist, über die nötigen Fachkenntnisse verfügt und für alle städtischen Lernenden leicht zugänglich bleibt.

Begründung:

Die Stadt Zürich bildet jedes Jahr zahlreiche junge Menschen in verschiedensten Berufen aus von der Verwaltung über die Pflege bis zur Technik.

Für viele von ihnen ist die Lehre der Einstieg in das Berufsleben und damit auch in die Arbeitswelt der Stadt. Diese Zeit ist prägend, kann aber auch herausfordernd sein. Leistungsdruck, Konflikte im Team oder Diskriminierung sind reale Themen, über die Lernende oft nicht offen sprechen können.

Gerade junge Menschen in Ausbildung haben häufig Angst, dass ein offenes Wort negative Folgen für ihre Lehrstelle oder die Semesterbeurteilung haben könnte. In solchen Situationen fehlt ihnen oft eine neutrale, vertrauenswürdige Person ausserhalb des Arbeitsplatzes, die zuhört, vermittelt und hilft, Lösungen zu finden.

Eine Ombudsstelle für Lernende würde dieses Problem auffangen. Sie würde den Lernenden ermöglichen, frühzeitig Unterstützung zu suchen, bevor Situationen eskalieren oder psychisch belasten.

Gleichzeitig bekäme die Stadt wertvolle Rückmeldungen, wie sie als Arbeitgeberin ihre Ausbildungsbedingungen verbessern kann.

Die Schaffung einer solchen Stelle wäre ein starkes Signal dafür, dass Zürich Verantwortung übernimmt, dass Ausbildung mehr ist als reine Leistung und dass jede und jeder Lernende verdient, ernst genommen und geschützt zu werden.

Mitteilung an den Stadtrat

5391. 2025/529

Einzelinitiative von Vera Çelik vom 31.10.2025: Faire Chancen für Lehrpersonen: Kein Nachteil wegen Kopftuch

Von Vera Çelik, Schaffhauserstrasse 595, 8052 Zürich, ist am 31. Oktober 2025 folgende Einzelinitiative eingereicht worden:

Die Stadt Zürich soll sicherstellen, dass das Tragen eines Kopftuchs oder anderer religiöser Symbole kein Grund für eine Benachteiligung, Ablehnung oder Kündigung im städtischen Arbeitsverhältnis ist. Insbesondere im Schulbereich soll in den Personalrichtlinien klar festgehalten werden, dass Lehrpersonen mit Kopftuch die gleichen Chancen auf Einstellung, Beförderung und berufliche Entwicklung haben wie alle anderen Mitarbeiter*innen.

Das Tragen eines Kopftuchs darf weder im Bewerbungsverfahren noch während des Arbeitsverhältnisses ein Nachteil oder Kündigungsgrund sein.

Der Stadtrat wird beauftragt:

- Die städtischen Personalrichtlinien entsprechend anzupassen.
- Sicherzustellen, dass alle Personalverantwortlichen, Schulleitungen und Vorgesetzten regelmässig zu Antirassismus und Gleichbehandlung geschult werden.

Zürich soll damit als Arbeitgeberin ein deutliches Zeichen setzen, dass Kompetenz, Motivation und Fachwissen zählen und nicht das Aussehen, die Kleidung oder der Glaube einer Person.

Begründung:

Zürich ist eine vielfältige Stadt und das soll sich auch in ihren Schulen und öffentlichen Institutionen widerspiegeln. Menschen unterschiedlicher Herkunft, Religion und Lebensweise prägen das Zusammenleben, das Stadtbild und den Alltag.

Diese Vielfalt ist eine Stärke, doch sie zeigt sich nicht immer in den Personalentscheidungen der Stadt. Immer wieder berichten Frauen mit Kopftuch, dass sie sich trotz guter Ausbildung und Qualifikationen im Bewerbungsprozess benachteiligt fühlen oder in ihrer beruflichen Entwicklung behindert werden. Solche

Erfahrungen widersprechen den Grundwerten der Stadt Zürich: Gleichstellung, Offenheit und Chancengleichheit.

Zur Frage, ob Lehrpersonen ein Kopftuch tragen dürfen, besteht ein Bundesgerichtsurteil (BGE 123 I 296). Darin wird festgehalten, dass ein generelles Kopftuchverbot für Lehrpersonen ohne klare gesetzliche Grundlage nicht zulässig ist, da es die verfassungsmässig garantierte Religionsfreiheit verletzt.

Auch in Zürich soll diese Haltung klar gelten. Lehrpersonen dürfen wegen eines Kopftuchs weder ausgeschlossen noch gekündigt werden, solange sie ihre pädagogischen Aufgaben sachgerecht erfüllen.

Lehrpersonen mit Kopftuch leisten denselben Beitrag zur Bildung der Kinder dieser Stadt wie alle anderen. Sie vermitteln Wissen, fördern Empathie und können für viele Schüler*innen wichtige Vorbilder sein.

Diese Einzelinitiative möchte, dass Zürich diese Gleichbehandlung verbindlich in ihren Personalrichtlinien festschreibt und so sicherstellt, dass niemand wegen religiöser Kleidung benachteiligt oder ausgeschlossen wird.

Eine Stadt, die Gleichberechtigung ernst meint, muss sie auch im eigenen Haus leben.

Mitteilung an den Stadtrat

5392. 2025/530

Einzelinitiative von Vera Çelik vom 31.10.2025: Anerkennung für engagierte Lernende der Stadt Zürich

Von Vera Çelik, Schaffhauserstrasse 595, 8052 Zürich, ist am 31. Oktober 2025 folgende Einzelinitiative eingereicht worden:

Die Stadt Zürich soll ein Anerkennungsprogramm für ihre Lernenden einführen.

Dieses Programm soll Lernende auszeichnen, die sich im Verlauf ihrer Ausbildung durch besondere Leistungen, Engagement oder persönliche Entwicklung hervorgetan haben. Die Anerkennung soll pro Semester oder Ausbildungsjahr erfolgen und kann in Form einer kleinen symbolischen Prämie oder eines Gutscheins durch die Stadt Zürich erfolgen.

Sie soll ausdrücklich keinen Leistungsdruck oder Wettbewerb erzeugen, sondern den Jugendlichen zeigen, dass ihre Arbeit und ihr Einsatz geschätzt werden.

Der Stadtrat wird beauftragt, ein einfaches und kostengünstiges Konzept für dieses Anerkennungsprogramm zu entwickeln. Dabei soll sichergestellt werden, dass alle Lernenden unabhängig vom Beruf oder der Abteilung, in der sie tätig sind, die gleiche Chance auf Berücksichtigung und Wertschätzung haben.

Begründung:

Die Stadt Zürich bildet jedes Jahr zahlreiche junge Menschen in unterschiedlichen Berufen aus. Diese Lernenden leisten einen wichtigen Beitrag für das Funktionieren der Stadt und sind ein zentraler Teil der öffentlichen Verwaltung.

Gerade in der Ausbildung ist Motivation entscheidend. Wer spürt, dass seine Arbeit wahrgenommen und geschätzt wird, lernt besser, bleibt engagiert und entwickelt ein stärkeres Verantwortungsgefühl. Oft sind es die kleinen Gesten, die den Unterschied machen z.B. ein Dank, ein anerkennendes Wort, ein Zeichen von Vertrauen.

Ein Anerkennungsprogramm würde diese Haltung sichtbar machen. Es braucht dafür keine grossen finanziellen Mittel, aber z.B. eine kleine Geste pro Semester, ein Gutschein oder ein offizieller Brief reichen aus.

Wichtiger als der Betrag ist das Signal. Zürich sieht seine Lernenden, nimmt sie ernst und bedankt sich für ihren Einsatz.

So fördert die Stadt nicht nur Leistung, sondern auch Menschlichkeit und Respekt in der Arbeitswelt und motiviert sie, die guten Leistungen beizubehalten.

Mitteilung an den Stadtrat

5393. 2025/531**Motion von Selina Walgis (Grüne) und Yves Henz (Grüne) vom 12.11.2025:
Gezielte Unterstützung von Personen, die an Long Covid erkrankt sind und keine
oder noch keine Unterstützung durch die Invalidenversicherung (IV) erhalten**

Von Selina Walgis (Grüne) und Yves Henz (Grüne) ist am 12. November 2025 folgende Motion eingereicht worden:

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine kreditschaffende Weisung vorzulegen, um in Zürich wohnhafte Personen, die an Long Covid erkrankt sind und keine oder noch keine Unterstützung durch die Invalidenversicherung (IV) erhalten, gezielt unterstützt werden können. Dabei soll insbesondere geprüft werden, wie ein Unterstützungsfonds und weitere Unterstützungsinstrumente ausgestaltet werden könnte, um Notlagen zu vermeiden.

Begründung:

Long Covid kann zu langanhaltenden gesundheitlichen Einschränkungen führen, die die Erwerbsfähigkeit stark beeinträchtigen. Viele Betroffene fallen durch das Raster bestehender Sozial- und Versicherungssysteme, da sie keine IV-Leistungen erhalten, jedoch gleichzeitig nicht in der Lage sind, ihren Lebensunterhalt selbst zu bestreiten. Gerade in einer Stadt mit hohen Lebenshaltungskosten wie Zürich droht dadurch rasch eine existentielle Notlage. Darum soll geprüft werden, wie diese Lücke mit gezielten finanziellen und anderen Unterstützungsinstrumenten geschlossen werden kann, um Betroffenen Stabilität und gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen. Neben der finanziellen Unterstützung sollen Long Covid-Betroffene insbesondere auch beim Beantragen von notwendiger Hilfe unterstützt werden.

Mitteilung an den Stadtrat

5394. 2025/532**Postulat von Luca Maggi (Grüne) und Tanja Maag (AL) vom 12.11.2025:
Senkung der personellen Ressourcen der Stadtpolizei an wiederkehrenden
Grossveranstaltungen und Demonstrationen**

Von Luca Maggi (Grüne) und Tanja Maag (AL) ist am 12. November 2025 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert im Rahmen eines Pilotprojekts zu prüfen, wie die Stadtpolizei Zürich den Einsatz von personellen Ressourcen an wiederkehrenden Grossveranstaltungen (z.B. Sechseläuten, Knabenschiessen, Konzerte, Sportanlässe, etc.) und Demonstrationen dauerhaft senken kann. Dem Gemeinderat ist sowohl über die Eckwerte des Pilotprojekts als auch über die Erkenntnisse Bericht zu erstatten.

Begründung:

Die Stadtpolizei Zürich klagt seit mehreren Jahren über Personalmangel, Überstunden sowie zu viele Wochenendeinsätze. Die Polizeiführung hat deshalb entschieden im Zeitraum zwischen 2022 und 2030 insgesamt 152 zusätzliche Vollzeitstellen beim Gemeinderat zu beantragen. Dies wurde dem Gemeinderat mittels zusammen mit der Weisung 2022/21 veröffentlichten Berichts begründet und entsprechend budgetiert. In den Budgets für die Jahre 2023 (8 von 17), 2024 (9 von 17) und 2025 (8 von 17) wurde vom Gemeinderat jeweils die Hälfte der jährlich beantragten Stellen bewilligt.

Dennoch gelingt es der Stadtpolizei nicht, die vom Gemeinderat im Grundbestand jährlich bewilligten sowie die zusätzlich gesprochenen Polizeistellen zu besetzen. Im letzten Jahr waren rund 73 bereits bewilligte Stellen bei der Stadtpolizei unbesetzt.

Es ist unbestritten, dass auch Polizist*innen Anspruch auf ausreichend freie Wochenende sowie eine (Teil-)Kompensation von Überstunden durch Freizeit von gleicher Dauer haben müssen. Da auch polizeiliche Ressourcen endlich sind, ist es im Interesse aller Beteiligten, dass planbare und wiederkehrende Grossveranstaltungen in naher Zukunft mit weniger personellen Polizeiressourcen durchgeführt werden können.

Aus diesem Grund soll die Polizeiführung im Rahmen eines Pilotprojekts prüfen, unter welchen Bedingungen und an welchen Veranstaltungen der Personaleinsatz reduziert werden kann. Das vorliegende Postulat soll demnach der Einsatzleitung auch als politische Legitimation für eine entsprechende Reduktion von personellen Ressourcen dienen.

Mitteilung an den Stadtrat

Die vier Einzelinitiativen, die Motion und das Postulat werden auf die Tagliste der nächsten Sitzung gesetzt.

5395. 2025/533

Schriftliche Anfrage von Anna Graff (SP), Michael Schmid (AL) und Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne) vom 12.11.2025:

Formulierung von Sachverhalten im Rahmen der öffentlichen Kommunikation, Beurteilung von Berichten über geschlechterspezifische Gewalt und Verkehrsunfälle, sprachliche Standards in den Dienstabteilungen zu sensiblen Sachverhalten sowie Überprüfung und Weiterentwicklung dieser Leitlinien

Von Anna Graff (SP), Michael Schmid (AL) und Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne) ist am 12. November 2025 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Wie ein Sachverhalt formuliert ist, hat einen wesentlichen Einfluss darauf, wie er von der Öffentlichkeit wahrgenommen und eingeordnet wird. Wenn bspw. in Medienberichten von «Eifersuchtsdramen» statt von Femiziden die Rede ist, oder aber Polizeimeldungen den «Zusammenstoss zwischen einem Fahrrad und einem Personenwagen» beschreiben und damit implizit die Gleichwertigkeit der Verkehrsteilnehmer:innen suggerieren, führt dies – unabhängig davon, ob dies beabsichtigt ist oder nicht – zu einer Entpersonalisierung und Verzerrung der tatsächlichen Ereignisse und Zusammenhänge und kann potenziell auch strukturelle Handlungsmaximen verschleieren.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie schätzt der Stadtrat die in Fussnoten 1 und 3 aufgeführten Beurteilungen zum Berichten über geschlechterspezifische Gewalt einerseits und bezüglich Verkehrsunfälle andererseits ein?
2. Bei welchen Dienstabteilungen der Stadt Zürich bestehen sprachliche Standards, Leitlinien, Leitfäden oder andere interne Vorgaben, was das Verfassen von öffentlichkeitsgerichteten Texten (z.B. Medienmitteilungen, Social Media Posts, usw.) über sensible Sachverhalte betrifft?
3. Welche Bereiche betreffen allfällige bestehende Leitlinien (Leitfäden, usw.) und wie lauten sie?
4. Auf welcher Basis wurden sie entwickelt, und in welcher Frequenz und nach welchen Prinzipien werden sie überprüft und weiterentwickelt?
5. Falls keinerlei Vorgaben bestehen: Plant der Stadtrat die Erarbeitung entsprechender Leitlinien, und wenn ja in welchen Bereichen?

Mitteilung an den Stadtrat

5396. 2025/534

Schriftliche Anfrage von Roger Suter (FDP), Flurin Capaul (FDP) und Sabine Koch (FDP) vom 12.11.2025:

Leerstand des Restaurants «Wilder Mann», Gründe für die derzeitige Nichtnutzung, Prüfung von Zwischennutzungen für das Lokal und Beurteilung des Potenzials von Zwischennutzungen leerstehender Gastronomieflächen

Von Roger Suter (FDP), Flurin Capaul (FDP) und Sabine Koch (FDP) ist am 12. November 2025 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Das sich im städtischen Besitz befindende Restaurant «Wilder Mann» an der Freiestrasse 221, 8032 Zürich, ist seit längerer Zeit geschlossen. Ein prominenter Standort wie dieser prägt das Quartierleben, sein Leerstand wird von der Quartierbevölkerung zunehmend als störend wahrgenommen. Gleichzeitig besteht in Zürich ein wachsendes Interesse an Zwischennutzungen: Sie können nicht nur verhindern, dass Immobilien veröden, sondern auch kulturelle, soziale oder gastronomische Impulse ins Quartier bringen.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Ist dem Stadtrat bekannt, weshalb das Restaurant «Wilder Mann» derzeit leer steht und seit wann?
2. Wenn ja, weshalb wird das Restaurant derzeit nicht genutzt?

3. Wurde die Möglichkeit von Zwischennutzungen geprüft? Wenn ja, welche Zwischennutzungsmodelle wurden evaluiert?
4. Wie beurteilt der Stadtrat allgemein das Potenzial von Zwischennutzungen im Bereich leerstehender Gastronomieflächen in Zürich?
5. Wäre die Stadt bereit, bei der Freiestrasse 221 eine Zwischennutzung aktiv zu unterstützen, etwa für Kultur, soziale und gastronomische Projekte?

Mitteilung an den Stadtrat

K e n n t n i s n a h m e n

5397. 2024/526

**Postulat von Urs Riklin (Grüne) und Sibylle Kauer (Grüne) vom 20.11.2024:
Optimierung der Verkehrsführung für Zufussgehende und Velofahrende bei der Liegenschaft Sihlstrasse 71 (Hallenbad City) und klimaökologische Aufwertung der versiegelten Brachefläche**

Urs Riklin (Grüne) zieht das Postulat zurück.

Mitteilung an den Stadtrat

5398. 2025/35

**Motion von Jehuda Spielman (FDP) und Sandra Gallizzi (EVP) vom 29.01.2025:
Entwicklung eines neuen Leitbilds und einer Strategie für die öffentlichen Spielplätze sowie Berichterstattung**

Jehuda Spielman (FDP) zieht die Motion zurück.

Mitteilung an den Stadtrat

5399. 2025/467

**Dringliche Schriftliche Anfrage von Markus Knauss (Grüne), Sven Sobernheim (GLP), Tanja Maag (AL) und 29 Mitunterzeichnenden vom 01.10.2025:
Einführung eines Investitionsplafonds ab 2027, Umgang mit den hängigen Weisungen zu den Rahmenkrediten, Vereinbarkeit mit dem Investitionsplafond und Auswirkungen auf die noch laufenden bzw. offenen Rahmenkredite**

Der Stadtrat beantwortet die Dringliche Schriftliche Anfrage (STRB 3444 vom 29. Oktober 2025).

5400. 2025/188

Schriftliche Anfrage von Lisa Diggelmann (SP) und Sophie Blaser (AL) vom 14.05.2025:
Ausschluss von Kindern aus einer heilpädagogischen Einrichtung, Anzahl betroffener Kinder, Einfluss der Umstrukturierung der Sonderschulung, Rolle des Schulpsychologischen Dienstes, notwendige Zusatzressourcen zur Verbesserung der Situation und Richtlinien für den Ausschluss von Kindern sowie Vorbereitung der Lehr- und Betreuungspersonen auf den Umgang mit Kindern mit Autismus

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 3449 vom 29. Oktober 2025).

5401. 2025/191

Schriftliche Anfrage von Dr. Balz Bürgisser (Grüne) und Simon Kälin-Werth (Grüne) vom 14.05.2025:
Einführung von Tagesschulen in Witikon, Zeitplan der Umsetzung, Szenarien für einen Einstieg bis ins Jahr 2030, Gründe gegen eine gestaffelte Einführung, Senkung des Betreuungstarifs an den vorgesehenen Einheitstarif und Gründe für die Verschiebung des Erweiterungsbaus Langmatt

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 3448 vom 29. Oktober 2025).

5402. 2025/92

Weisung vom 12.03.2025:
Liegenschaften Stadt Zürich, Zehntenhausstrasse 8, 8a, Nutzungsänderungen, Umgebungsgestaltung und Photovoltaik-Anlage, neue einmalige Ausgaben

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 27. August 2025 ist am 3. November 2025 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 19. November 2025.

5403. 2025/132

Weisung vom 02.04.2025:
Sozialdepartement, Bericht über die Auszahlungen der Energiekostenzulagen in den Jahren 2023 bis 2025 gemäss der Verordnung über Energiekostenzulagen (VEZ), Teilrevision VEZ, Bericht und Abschreibung Postulat GR Nr. 2023/182

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 27. August 2025 ist am 3. November 2025 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 19. November 2025.

5404. 2025/511

Bericht der Finanzkontrolle für das Jahr 2024

Den Ratsmitgliedern ist das Dokument «Tätigkeitsbericht 2024 der Finanzkontrolle der Stadt Zürich» zugestellt worden.

Nächste Sitzung: 12. November 2025, 19.30 Uhr